

Ernst Topitsch

Wie man Professoren das Gruseln lehrt*

*Demagogisches Spiel auf akademischer Bühne —
Die fatale Rolle der »schicken Linken«*

Wer die Diskussion um Hochschulpolitik und Hochschulreform in Österreich auf dem Hintergrund von Erfahrungen in Deutschland betrachtet, muß mit wachsender Sorge feststellen, wie wenig man hierzulande über die tatsächliche Entwicklung an den bundesdeutschen Universitäten informiert ist. Besonders bedenklich erscheint in diesem Zusammenhang ein »progressiver« Provinzialismus, der uns hier alles das als Gipfel der »Fortschrittlichkeit« verkaufen möchte, was sich dort bereits in tragisch-grotesker Form ad absurdum führt. Angelegentlich werden »emanzipatorische« Phrasen über die »Demokratisierung« der Hochschulen gedroschen, ohne daß sich jemand über den politischen Barwert Rechenschaft ablegt, den dieses Vokabular in der Bundesrepublik besitzt und bei uns leicht erhalten könnte. Über diesen Barwert ist Aufklärung dringend vonnöten.

Gerade in den letzten Monaten und Wochen beginnt auch in Deutschland der Nebelschirm aufzureißen, den die sogenannte fortschrittliche Publizistik über die Vorgänge an den Hochschulen gelegt hatte, und die Öffentlichkeit erkennt mit steigendem Befremden, worum es bei der vielgepriesenen »Hochschulreform« wirklich geht: um die Zerstörung der Hochschulen als Stätten institutionell gesicherter Geistesfreiheit und ihre Unterwerfung unter die Macht bestimmter politischer Cliquen, die selbst unter der Studentenschaft nur Minderheiten hinter sich haben. Besonders die Wahl eines noch nicht promovierten Assistenten zum Präsidenten der Freien Universität Berlin hat weithin alarmierend und augenöffnend gewirkt. Immer nachdrücklicher erhebt sich auch in einem Teil der bisher so »reform«freundlichen Presse die Frage, wie es kommen konnte, daß manche Hochschulen nunmehr ernstlich Gefahr laufen, zu Enklaven totalitärer Machtausübung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu werden, von denen unter Umständen eine ernste Gefährdung dieser Gesellschaft ausgehen könnte.

*) Am 7./8. Februar 1970 in „Die Presse“, Wien, veröffentlicht. Der Herausgeber dankt dem Autor, Herrn Prof. Dr. E. Topitsch, sowie der Redaktion „Die Presse“ für die Erlaubnis des Nachdruckes. Prof. Topitsch war bisher an der Universität Heidelberg tätig. Er hat die BRD verlassen und lehrt an der Universität Graz.

Zweifelloos hätte die »studentische Revolution« auf ihrem »langen Marsch durch die Institutionen« nicht so spektakuläre Erfolge erzielen können, wäre sie nicht durch eine Reihe von Umständen unterstützt worden. Vor allem hat ein erheblicher Teil der Massenmedien den studentischen Ansturm durch ein geradezu beispielloses propagandistisches Trommelfeuer gegen die Professoren-schaft und gegen die staatliche Exekutive gedeckt, sofern die letztere der Rechts-ordnung Geltung verschaffen sollte. Gewiß konnte man dabei an eine Reihe wirklich vorliegender und zum Teil erheblicher Mißstände an den Hochschulen anknüpfen. Doch in Wirklichkeit ging und geht es gar nicht um deren sicher-lich wünschenswerte Beseitigung. Vielmehr hatte die Kampagne der Massen-medien gegen die Hochschulen weit bedeutsamere Hintergründe, die freilich der Öffentlichkeit auch in Deutschland erst langsam zu Bewußtsein kommen.

Es ging um die Machtansprüche gewisser »linksintellektueller« Gruppen, die sich teilweise schon in der Ära der »Umerziehung« in den ersten Jahren der Besatzungszeit eine einflußreiche Position in den meinungsbildenden Medien geschaffen hatten, welche sie auch während der Ära Adenauer im ganzen be-haupteten und in den sechziger Jahren erheblich ausbauen konnten. Diesen für das Verständnis der gegenwärtigen kulturpolitischen Situation in Deutschland grundlegenden Tatsachenkomplex hat Caspar Schrenck-Notzing in seinen sehr informativen Büchern »Charakterwäsche« und »Zukunftsmacher« behandelt, die auch derjenige mit Gewinn lesen wird, welcher mit den politischen Ansich-ten Schrenck-Notzings nicht übereinstimmt.

Nun waren die machtpolitisch-ideologischen Ansprüche dieser Meinungsmacher mit dem Einfluß gewachsen, den sie im Laufe der sechziger Jahre gewinnen konnten. Nur an den Hochschulen war dieser Einfluß verhältnismäßig gering geblieben. Hier hatte in den anderthalb Jahrzehnten nach Kriegsende eine eher konservative Atmosphäre vorgeherrscht, während in den sechziger Jahren im-mer mehr jüngere Gelehrte in die Professuren nachrückten, welche die wissen-schaftliche Forschung gegen die Ideologien aller Richtungen deutlich abgren-zen wollten. Von einer »politisierten Universität« wollten diese kritischen Köpfe nichts wissen, obwohl sie mit ihren politischen Sympathien meist links der Mitte standen.

Aber gerade an der Frage der »politisierten Universität« schieden sich die Gei-ster. Wer die Bevormundung der Wissenschaft durch braune Gesinnungswerte, sowjetische Weltanschauungsverwalter und abendländische Restaurateure ab-gelehnt hatte, konnte sich auch für eine solche Bevormundung durch »linksintel-lektuelle« Meinungsmacher und studentische Revoluzzer nicht erwärmen, son-dern sah in der Behauptung der Universität als einer Stätte institutionell ga-rantierter Geistesfreiheit die grundlegende Aufgabe freiheitlich-demokratischer Hochschulpolitik. Dadurch geriet er aber folgerichtig in Konflikt mit jener »schicken Linken«, die in den meinungsbildenden Medien sowie im Theater-

und Literaturbetrieb der Bundesrepublik eine so erhebliche Machtposition erlangt hatte und nun danach strebte, auch die Hochschulen ihrem Einfluß zu unterwerfen.

Unter normalen Bedingungen wären diese Bestrebungen nicht sehr aussichtsreich gewesen. Doch seit dem Ausbruch der Studentenunruhen waren auch innerhalb der Universität Kräfte am Werk, die diese nach links »umfunktionieren« und politisieren wollten. Dadurch ergab sich — ungeachtet mancher nicht unerheblicher Differenzen — eine Interessen- und Kampfgemeinschaft zwischen »schicker« und jung-revolutionärer Linker mit dem gemeinsamen Ziel einer Machtergreifung an den Hochschulen.

Das Haupthindernis einer solchen Machtergreifung war die Professorenschaft, und dieses galt es vor allem aus dem Weg zu räumen. So erhob sich denn allenthalben eine Wehklage über die von den »autoritären« Ordinarien ausgeübte »Repression« und ein tränenerstickter Schrei nach der »Entmachtung« dieser Unholde. Leider besaß dieses demagogische Rührstück, das im Sinne der Taktik »Haltet den Dieb« die Machtansprüche der angeblich Unterdrückten tarnen sollte, einen gewissen berechtigten Kern. Mitunter hatten Professoren — es handelt sich gewiß nicht um die Mehrheit, aber auch nicht um verschwindende Ausnahmen — ihre Amtsbefugnisse zur Befriedigung persönlicher Machtbedürfnisse oder anderer Interessen gebraucht, und das Fehlen institutionalisierter Kontrollen, falschverstandene Kollegialität oder allgemeine Gleichgültigkeit hatten das gefördert. Aber das nun losgehende Kesseltreiben gegen die Hochschullehrerschaft zielte gar nicht auf die Abstellung solcher und ähnlicher Mißstände, sondern verwendete diese nur als willkommenen Vorwand; tatsächlich ging es darum, die Professoren zu »entmachten«, das heißt, ihres institutionellen Rückhaltes gegen den ideologisch-politischen Druck zu berauben.

Als Rammbock gegen den Widerstand, den die Hochschullehrerschaft jenem Druck entgegensetzen konnte, wurden vor allem die Forderungen nach der Drittelparität und nach Öffentlichkeit der Fakultäts- und Senatssitzungen eingesetzt.

Von den Aufgaben her gesehen, welche die Hochschule in Forschung und Lehre zu erfüllen hat, ist die generelle Forderung nach der Drittelparität völlig willkürlich — man könnte mit zumindest derselben Berechtigung zum Beispiel verlangen, in der allgemeinen Verwaltung müßten die Sektionschefs und Ministerialräte »entmachtet« und »Ministerienversammlungen« installiert werden, die nach einer Fünftelparität von den Beamten der Dienstpostengruppen A, B, C, D und E, beziehungsweise den entsprechenden Gruppen der Vertragsangestellten zu beschicken seien. Aber jene Forderung hat nichts mit einer Verbesserung der wissenschaftlichen und pädagogischen Leistungen der Universität zu tun, sondern entspringt einem rein machtpolitischen Kalkül. Nach der »Entmachtung« der auf ihr Drittel beschränkten Professorenschaft (zu der man

auch die übrigen habilitierten Lehrkräfte hinzurechnen konnte, wodurch dem *gesamten* wissenschaftlich vollqualifizierten Lehrkörper nur ein Drittel der Stimmen zukommt) sollte der sogenannte Mittelbau »umfunktioniert« und auf die Seite der Radikalen gezogen oder gedrängt werden, die dadurch zu Herren der ganzen Universität würden.

Hatten die Radikalen zunächst die Hochschulzeitungen, die Studentenausschüsse und den Verband Deutscher Studentenschaften unterwandert, so sollten also nun auch die Binnenstrukturen der Hochschulen »geknackt« werden, indem drittelparitätisch besetzte Gremien über Fragen der Forschung und Lehre und vor allem über Personalfragen zu entscheiden hatten. Von einer zu ihrer Verstärkung aufgebotenen »aktiven Öffentlichkeit« unterstützt, sollten radikale Studentenvertreter zunächst politisch mißliebige Lehrbeauftragte oder Assistenten »abschießen«, um so ihre eigenen Vertrauensleute in diese Positionen zu bringen und dadurch die wenigstens vorläufig noch unabsetzbaren Professoren zu isolieren und mattzusetzen. Durch die »studentische Mitwirkung bei Berufungen« soll aber auch eine entsprechende Beeinflussung der Besetzung freigewordener Professuren stattfinden, bis schließlich auch die Professoren nur noch »auf Zeit« bestellt und so politischen Pressionen ausgesetzt werden, wie sie selbst der Nationalsozialismus nicht in vergleichbarer Form gekannt hat. Das und nichts anderes ist der politische Barwert dessen, was in der Bundesrepublik unter dem Schlagwort der »Demokratisierung der Universität« der Öffentlichkeit mundgerecht gemacht werden sollte.

Und mundgerecht machten es die linken Meinungsmanipulateure. Zwar distanzierten sie sich wohlweislich von den augenfälligsten Ausschreitungen der Radikalen, leisteten ihnen aber entscheidende Schützenhilfe, indem sie ein regelrechtes politisches Schauermärchen erfanden und so folgerichtig verbreiteten, daß es wenigstens eine Zeitlang geglaubt wurde. Aus Zeitungsspalten, Lautsprechern und von Bildschirmen wurde verkündet, es gebe ein Paradies auf Erden — oder wenigstens auf akademischen Erden — mit Namen »Demokratisierte Hochschule«. Der Weg dahin, die »Hochschulreform«, werde aber von bösen Wichtern versperrt, den »reaktionären« Professoren, die um ihre auf dunklen Pfaden erschlichenen »Privilegien« bangten. Aber die Ritter des Guten, die radikalen Studenten, hätten sich bereits aufgemacht, um jene Bösewichter aufs Haupt zu schlagen und das Tor zum Paradies aufzusprengen — und dann wäre alles, alles wieder gut.

Dieses Märchen entbehrte jeder sachlichen Grundlage. Die Behauptung, es hätten an den deutschen Universitäten während der sechziger Jahre keine Reformen stattgefunden, ist einfach falsch, und die internationale Jugendrevolte hat mit den Fragen der Hochschulreform wenig zu tun, da sie unter den verschiedensten Hochschulsystemen auftritt. Aber es ging ja den Meinungsmachern nicht um Reformen im Sinne einer Verbesserung von Forschung und Lehre oder selbst um einen Abbau der Hierarchie innerhalb des Lehrkörpers. Viel-

mehr sollte unter dem Schlagwort der »Hochschulreform« die Universität gegenüber dem ideologisch-politischen Druck wehrlos gemacht werden.

In dieser kritischen Situation versagten weithin die Politiker. Zwar haben die Jungrevolutionäre lauthals verkündet, daß für sie die Eroberung der Hochschulen nur die Vorstufe zur Zerstörung der parlamentarischen Demokratie bilde und daß die Hörsäle zu Agitationszentren nicht nur gegen die bürgerlich-konservativen und liberalen Parteien, sondern vor allem auch gegen die als Verräter beschimpften Sozialdemokraten und die »systemstabilisierenden« Gewerkschaften umfunktioniert werden sollten. Daraus zogen aber die meisten Politiker nicht den Schluß, daß die Verteidigung der Universität als Stätte institutionell gewährleisteter Geistesfreiheit eine grundlegende Aufgabe der Verteidigung der parlamentarischen Demokratie darstellte. Sie zogen auch keine Konsequenzen aus der Tatsache, daß der studentische Radikalismus Zugeständnisse nicht honorierte, sondern als Zeichen der Schwäche auffaßte und mit Beschimpfungen und neuen Forderungen quittierte, ja sie ermutigten durch ihr ständiges Zurückweichen nur die »Salamitaktik« der Radikalen. Stück für Stück wurde die Universität als Pflgestätte freier Wissenschaft preisgegeben.

So wurden denn in undurchdachten unter Zeitdruck hastig improvisierten Hochschulgesetzen die Weichen falsch gestellt — Gesetzen, die von den Meinungsmachern als um so »progressiver« und »rationaler« bejubelt wurden, je mehr sie die Professoren ihrer »Privilegien«, das heißt, ihrer institutionell gewährleisteten Widerstandsmöglichkeiten, beraubten. Wer vor den zu erwartenden Folgen warnte, wurde als »Reaktionär« niedergeschrien. So erging es auch den berufensten Sprechern der deutschen Wissenschaft, den Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft, als diese im Mai vergangenen Jahres in einer dem Ernst der Lage angemessenen Form auf die Gefahren für die Forschung in den Universitäten der Bundesrepublik hinwiesen.

Heute wäre das Niederschreien wohl nicht mehr ohne weiteres überzeugend, aber viele Warnungen kämen auch zu spät, nämlich weil sie sich inzwischen schon bewahrheitet haben. Die »Paritätenuniversität« ist Wirklichkeit geworden — eine Wirklichkeit, die manche naive Hochschulreformer enttäuscht, aber genau das bringt, was ihre politisch zielbewußten Vorkämpfer gewollt hatten. Deren Berechnung, daß nach »Entmachtung« der Professoren der sogenannte Mittelbau umfallen und den Weg zur »politisierten Universität« freigeben würde, hat sich vielerorts als richtig erwiesen. Beispiele dafür sind die Universitäten Berlin und Hamburg, wo durch paritätisch besetzte Gremien ein noch nicht einmal promovierter beziehungsweise ein noch nicht habilitierter Assistent in das heute doppelt verantwortungsvolle Amt des Präsidenten der Hochschule gewählt wurden, junge Leute, die wohl weder den Willen noch die Möglichkeit haben, dem ideologisch-politischen Druck ernstlichen Widerstand zu leisten.

Besonders an der Freien Universität Berlin schreitet der Zerfallsprozeß rasch vorwärts. Zahlreiche Gelehrte, die unter den dortigen Verhältnissen eine sinnvolle akademische Tätigkeit für nicht mehr möglich halten, haben Rufe nach auswärts angenommen, andere haben ihren Beruf gewechselt oder erwägen ernstlich einen solchen Wechsel. Die verbleibenden Professoren sehen sich einem steigenden Druck ausgesetzt. Mehr und mehr verstärkt sich die Unterwanderung, zumal der geisteswissenschaftlichen Fakultäten durch radikale Ideologen, die den Professoren als Mitarbeiter aufgenötigt werden. Die Heranziehung eines hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses stößt auf immer größere Schwierigkeiten.

Der junge Gelehrte, der sich erfrect, objektive Wissenschaft und nicht »kritische Wissenschaft« — zu deutsch: Agitation — zu treiben, ist an manchen Berliner Universitätsinstituten so gut wie erledigt. Die entmachteten Ordinarien können ihm nicht mehr helfen. Lehraufträge und Assistentenstellen werden im Zuge der »Demokratisierung der Universität« zu Pfründen für Leute, deren Hauptverdienst in »antiautoritärer« Gesinnungstüchtigkeit und demagogischem Geschick besteht. Die den Instituten vom Staat für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten Gelder werden auf dem Wege über die studentische Mitbestimmung« zur Agitation gegen den — sozialdemokratisch regierten — Staat verwendet.

Angesichts der immer deutlicher werdenden Folgen ihrer »Universitätsreform« geraten freilich die Hochschulpolitiker der Berliner SPD in eine recht unangenehme Lage. Sie sehen sich vor der peinlichen Alternative, entweder die gemachten Fehler einzugestehen und die Konsequenzen daraus zu ziehen oder diese Fehler möglichst lange zu verschleiern, während sich die tatsächliche Lage mehr und mehr verschlimmert und irreparabel zu werden droht. In dem ebenfalls sozialdemokratisch regierten und mit einem neuen, sehr »progressiven« Hochschulgesetz gesegneten Hamburg liegen die Dinge nicht sehr viel besser. Doch erweist sich die weitgehende Preisgabe der Hochschule als Institution objektiver Wissenschaft zusehends auch politisch als fragwürdiges Geschäft. Es fällt der Opposition nicht mehr schwer, die Entwicklung an den Hochschulen als Exempel der Verantwortungslosigkeit und des Versagens der sozialdemokratischen »Reform«politik auszuschlachten.

Die — milde ausgedrückt — ernüchternden Erfahrungen mit der in der Bundesrepublik praktizierten Form der »Demokratisierung der Universität« scheinen auch auf die meinungsbildenden Medien nicht ganz ohne Wirkung geblieben zu sein. Die Hamburger »Zeit«, die seit Jahr und Tag geradezu brünstig nach den Köpfen der Professoren geschrien hatte, ist in den letzten Monaten merklich stiller geworden. Andere Presseorgane, die sich bisher eher neutral verhalten hatten, scheinen nun zu einer ausgesprochen kritischen Haltung gegenüber den sogenannten »Reformen« umzuschwenken, vor allem die »Frankfur-

ter Allgemeine Zeitung«, die jüngst mehrere alarmierende Berichte über die Unterwanderung der »Freien Universität Berlin« gebracht hat. Vielleicht ist sogar der Tag nicht mehr fern, an welchem sich die deutsche Öffentlichkeit des ganzen Ausmaßes bewußt wird, in dem die deutsche Universität als Stätte der Wissenschaftspflege bereits heruntergewirtschaftet worden ist und sich der Ruf nach den Schuldigen erhebt. Dann wird es aber natürlich keiner gewesen sein wollen, und zu guter Letzt wird man noch die Professoren kreuzigen, weil sie dem Debakel keinen nachdrücklichen Widerstand geleistet haben. Nun wird es für Österreich darauf ankommen, aus den bitteren Erfahrungen unserer Nachbarn die notwendigen Nutzenwendungen zu ziehen. Dabei ist bei uns die Ausgangssituation insofern günstiger, als jene »schicke Linke« der Meinungsmacher, die dort eine so fatale Rolle spielt, hier kaum existiert. Die österreichischen Sozialisten werden gewiß gut beraten sein, wenn sie sich nicht in die Lage ihrer bundesdeutschen Genossen hineinmanövrieren lassen, denen schon heute eine Mitschuld an der Gefährdung der Geistesfreiheit auf den deutschen Hochschulen und den sich daraus ergebenden Folgen vorgeworfen werden kann. Immerhin spuken aber auch bei uns allerhand importierte Phrasen in den Köpfen herum, deren tatsächliche Bedeutung und politischer Barwert weitgehend unbekannt sind und die nicht zuletzt deshalb eine gewisse Wirkung ausüben.

Angesichts dieser Lage tut Nüchternheit not. Wir dürfen uns nicht von den magischen Formeln der »Paritätenuniversität« blenden lassen, am allerwenigsten zu einem Zeitpunkt, wo diese Formeln in Deutschland bereits unter dem Eindruck unabweislicher Erfahrungen entzaubert zu werden beginnen. Wir müssen vielmehr unbestechlich die Realität dieser Art von Hochschule ins Auge fassen und im Auge behalten, wie sie uns jenseits der Grenzen vorgeführt wird. Vor allem aber müssen wir den demagogischen Mythos von der »Hochschulreform« samt dem dazugehörigen »progressiven« Vokabular als Instrument der Machtpolitik bestimmter Gruppen durchschauen und von der Hochschulreform im Sinne einer Verbesserung der wissenschaftlichen und pädagogischen Leistungsfähigkeit unserer hohen Schulen unterscheiden. Eine solche Reform ist auch bei uns zweifellos notwendig, aber sie kann auch im besten Falle nur begrenzte Erfolge zeitigen. Doch verspricht sie keine Wunder, um schließlich in ein Debakel auszumünden.

Eine derartige Hochschulreform kann nur von klaren Zielvorstellungen und einer durchdachten Ordnung der Prioritäten ausgehen, in der die Bewahrung der Hochschule als Stätte der Forschung die Heranziehung eines fachlich hochwertigen und persönlich integren wissenschaftlichen Nachwuchses an hervorragender Stelle stehen. Sie ist mit einer Entschärfung des hierarchischen Aufbaues der Lehrkörper und mit einer studentischen Mitentscheidung über gewisse Fragenkreise durchaus vereinbar. Doch sollten dabei einige grundlegende Fragen nicht aus dem Auge verloren werden, beispielsweise:

Stärken die Reformen die Universitäten als Stätten freier geistiger Auseinandersetzung oder verwandeln sie sie in Hochburgen ideologischer Indoktrinierung? Wird die Bereitschaft zur unbestechlichen Prüfung von Hypothesen und Theorien, die Kritik an Ideologien, Utopien, politischen Konzeptionen und Weltanschauungen gefördert oder unterdrückt?

Fördern die neuen Auslesesysteme auf allen Ebenen die wissenschaftliche Befähigung, oder öffnen sie politischer Protektionswirtschaft oder Schlimmerem Tür und Tor? Setzen die neuen Entscheidungsmechanismen Zeit für die wissenschaftliche Tätigkeit frei, oder wird ein Apparat von so monströser Schwerfälligkeit und Unberechenbarkeit eingerichtet, daß alle Energie durch Finassieren, Intrigieren und Politisieren aufgezehrt wird?

Diese Fragen gehen keineswegs nur einen kleinen Kreis von Dozenten an, sondern alle, für welche die Freiheit und Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen von Bedeutung ist.